

STELLUNGNAHME
zum Dokument
„AKTUALISIERUNG DES STAATLICHEN ENERGIEKONZEPTES
DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK“

Das Dokument „Aktualisierung des staatlichen Energiekonzeptes der Tschechischen Republik“ (datiert mit Juli 2012) stellt einen Entwurf des Energiekonzeptes dar, der Ende August 2012 bei der Regierungssitzung erörtert werden sollte. Es wird erwartet, dass die Regierung den Entwurf zur Kenntnis nimmt, und das Umweltministerium verpflichtet werden wird, eine strategische Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen.

Das 85-seitige Dokument kann im Vergleich mit den vorherigen Versuchen wirklich als Konzept bezeichnet werden, da es endlich die entsprechende Struktur aufweist. Man kann also prüfen, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen sowie Instrumente tatsächlich zur Erreichung der Ziele führen können. Das Zieljahr wurde mit 2040 festgesetzt.

Die zentrale Annahme der Verfasser des Dokumentes scheint Mangel an Strom in Europa, insbesondere in den Nachbarländern von Tschechien, zu sein. In der Zukunft werden stabile Energielieferungen fehlen (Seite 5). Aus diesem Grund sollte Tschechien mehr Strom produzieren als verbrauchen und ausreichende Kapazitäten für die Stromproduktion zur Verfügung haben. Diese Maßnahme sollte die Energiesicherheit Tschechiens sicherstellen (S. 6). Die Leistungsbilanz sollte dauerhaft einen Überschuss von mindestens 15% der bereitgestellten Leistung erreichen (S. 20). An einer anderen Stelle ist die Rede über „Erhaltung des leichten Exportüberschusses im Bereich Stromhandel“, in der Abbildung auf der Seite 54 ist aber zu sehen, dass die Werte vom Exportsaldo im Zieljahr 2040 fast die heutige Ebene wieder erreichen.

Die Einstellung zu dem Thema des Klimawandels äußert folgender Satz aus der Seite 7 – „Die Senkung der CO₂ Emissionen ist die politische Verpflichtung und beeinflusst nicht direkt die Gesundheit der Bevölkerung in der CR.“ Diese Äußerung charakterisiert die Bedeutung der Umweltfragen im Entwurf der Energiepolitik – bloße politische Versprechung, die nicht besonders ernst zu nehmen ist. Damit diese und ähnliche politische Verpflichtungen nicht mehr die strahlende Entwicklung der tschechischen Energiewirtschaft stören können, wird auf der Seite 54 empfohlen: „Die Festsetzung von weiteren administrativen Beschränkungen und Maßnahmen seitens EU im Bereich Energieproduktion, -übertragung und -nutzung nur aufgrund der vollständigen und hochwertigen Analysen der ökonomischen Auswirkungen auf die Konkurrenzfähigkeit der Industrie und auf das Lebensniveau der Haushalte zu stützen.“

Im Bereich der Kernenergiewirtschaft sollten die gesetzlichen Bestimmungen sowie die anderen Vorschriften so entwickelt werden, dass die Umsetzung von „ideologischen Absichten und Ansätzen“ nicht mehr möglich ist (S. 81). Ganz konkret sollten die Vorschriften im Bereich Genehmigungsverfahren und UVP-Verfahren inkl. grenzüberschreitender Erörterungen so geändert werden, „dass die Möglichkeit der zweckbedingten Sperre von Investitionsprojekten begrenzt wird“ (S. 81).

Damit die kritische Haltung der tschechischen Bevölkerung gegenüber erneuerbare Energiequellen noch verstärkt wird, wird im Dokument konsequent im Zusammenhang mit den erneuerbaren Energiequellen der Begriff „Förderungen“

verwendet (z.B. S. 7 – „(der Anteil der erneuerbaren Energiequellen)..., bisher konnte er jedoch trotz der hohen Förderungen keinen bedeutenden Teil der fossilen Quellen ersetzen.“). Diese Irreführung ist in den letzten Jahren in tschechischen Medien ausnahmslos sehr verbreitet. In der Tat geht es um keine Förderungen, sondern um einen Teil des Strompreises, den jeder Stromverbraucher zahlt. Also kein Steuerzahler, sondern der Stromverbraucher – je höher der Stromverbrauch, desto höher die Ausschüttung für erneuerbare Energiequellen.

Bis zum Jahr 2015 sollte die Betriebsunterstützung für die neuen Anlagen mit erneuerbaren Energiequellen abgeschafft werden. Die neuen Anlagen sollten nur mehr in der Phase der Investitionen unterstützt werden und dies aufgrund der Ausschreibungen (S. 30).

Beeindruckend ist die Auflistung der angeblichen Vorteile der Atomkraft:

- Die KKW werden in Gebieten ohne dichte Besiedlung gebaut (S. 8). Wo diese in Europa (mit Ausnahme des östlichen Teils) zu finden sind, wird im Dokument nicht mehr beschrieben.
- Lange Lebensdauer, hoher Nutzungsgrad, Zuverlässigkeit, der billige und vorhersagbare Betrieb (S. 8). Wie die Schnellabschaltungen und andere Störfälle und Pannen vorherzusagen sind, wird im Dokument nicht erklärt.
- Hohe Brennstoffkonzentration (S. 8). Was „Brennstoffkonzentration“ bedeutet, ist leider nicht erklärt worden.

Der weitere vermutliche Vorteil – die Möglichkeit, große Vorräte von Brennelementen zu besorgen und langjährig zu halten, um die Auswirkungen der Preisschwankungen oder der komplizierten internationalen Beziehungen zu eliminieren – betrachten wir näher, da mit ihm eine Reihe von Empfehlungen im Dokument verbunden ist. Der KKW Betreiber sollte sogar durch Regierungsverordnung verpflichtet werden, die vorgeschriebenen Brennelementvorräte für einen bestimmten Zeitraum vorrätig zu halten (die Verordnung sollte festsetzen, wie viele Brennstoffbeschickungen im Lager zur Verfügung gestellt werden müssen) – S. 73. Diese Verordnungen werden im Zusammenhang mit der Lage im Bereich Energiesicherheit bzw. mit der internationalen Situation geändert werden.

Die Problematik der Brennelementvorräte ist jedoch nicht so einfach, wie die oben dargestellten Vorschläge vermutlich vorausgesetzt haben. Jede Brennstoffbeschickung im Kernreaktor ist original. Man muss jede Beschickung neu je nach den aktuellen Parametern berechnen, da immer nur ein Teil des Kerns für Brennelementwechsel vorgesehen ist. Die Kernspaltung selbst ist ein probabilistischer Vorgang, also die Vorhersage der konkreten Parameter im Kern ist immer mit einer Ungewissheit belastet. Die Situation im Kern kann sich auch ändern, z.B. aufgrund des Austauschs von einem oder mehreren Brennelementen, die undicht geworden sind. Der Einkauf der Brennelemente für drei Jahre (S. 27) ist also mit jenem Risiko verbunden, dass die Parameter im Kern ganz anders sind, wie vor drei Jahren angenommen wurde und die damals eingekauften Brennelemente nicht mehr verwendbar sind. Oder sie können doch verwendet werden, die Parameter im Kern wären jedoch anders als optimal, sogar mit möglichen Auswirkungen auf die Kernsicherheit.

Dies sei als Beispiel dafür erwähnt, wie die ideologischen Ansätze die rationellen verdunkeln können.

Für den Notfall wird auch die eigene Herstellung der Brennelemente angeführt (S. 26). Wie die entsprechenden Kapazitäten aufgebaut und später ausgenutzt werden, wird im Dokument nicht dargestellt.

Für die Durchsetzung der Atomkraft sollten „kompensierende Mechanismen für die Kerntechnologien“ eingeführt werden (S. 53). Auf der Seite 72 ist die Maßnahme schon konkreter – das Gesetz über die Unterstützung der erneuerbaren Energiequellen sollte bis zum Ende 2013 erweitert werden und zwar eben diese „kompensierenden Mechanismen für die Kerntechnologien“ eingeführt werden. Das können die in Medien schon erwähnten fixen Einspeisetarife für Strom aus den KKW sein.

Während man im Dokument „nur“ mit zwei neuen KKW Blöcken in Temelín und mit einem im KKW Dukovany rechnet, sollten Standorte für weitere KKW Blöcke bis Ende 2014 ausgesucht werden und bis Ende 2015 im Raumordnungsplan fixiert werden (S. 76). Mit dem Betrieb der KKW Temelín und Dukovany wird auch nach dem Jahre 2040 gerechnet (S. 84). Im Falle des KKW Dukovany ist diese Annahme sehr bedenklich.

Der Anteil der KKW an der Stromproduktion soll auf 50 – 60% erhöht werden, also im Vergleich mit dem heutigen Stand fast verdoppelt werden.

Das Endlager für abgebrannte Brennstäbe sollte auch bis Ende 2015 ausgesucht werden (S. 76), wie ursprünglich geplant. Der Termin ist aber längst nicht mehr realistisch, da die Untersuchungsarbeiten an Ort und Stelle immer noch nicht genehmigt worden sind (sogar kein Antrag eingereicht) und selbst die zuständige Behörde SÚRAO spricht vom Jahr 2018.

Das Dokument weist aber auch sympathische Teile auf – z. B. Erhöhung der Energieeffizienz sowie Modernisierung der Infrastruktur. Im Gebäudebereich sollten ab 2020 nur Neubauten im Niedrigenergiestandard genehmigt werden (S. 44). Leider ist es zu befürchten, dass der heutige Niedrigenergiestandard nach dem Jahr 2020 schon veraltet sein wird.

Während die Infrastruktur modernisiert werden sollte (S. 23), wird im Bereich Verluste und Eigenbedarf eine Stagnation vorausgesetzt (S. 62).

Sympathisch ist auch die Überzeugung, dass die Photovoltaik zwar erst im Jahre 2025 aber doch voll konkurrenzfähig wird und dementsprechend wird auch ihre Entwicklung in Tschechien erwartet (S. 58).

Weniger sympathisch ist die Befürwortung der Wärmepumpen (z.B. S. 74). Die Wärmepumpen sollten als Ersatz der Direktstromheizungen eingesetzt werden. In der Folge handelt es sich aber eher um eine Verschiebung des Stromverbrauchs aus dem Bereich Direktheizung in den Bereich Wärmepumpen.

Der Entwurf der Energiepolitik sieht auch die Rückkehr des tschechischen Maschinenbaus unter die Spitzenlieferanten der Energieanlagen vor (S. 50). Die Chance dafür wird im Bedarf an umfangreiche Modernisierung der Energiewirtschaft weltweit gesehen. Leider wird nicht erwähnt, in welchen Bereichen der Energiewirtschaft die tschechischen Unternehmen auf die Märkte drängen sollen. In den echt zukunftsfähigen Bereichen haben sie nämlich die Entwicklung schon versäumt – dies betrifft sowohl den Bereich der erneuerbaren Energiequellen, als auch z.B. den Bereich der Gasturbinen. Es ist fraglich, ob für die „musealen“ Bereiche entsprechende Interesse vorhanden sein wird.

Der letzte Entwurf der tschechischen Energiepolitik ist zwar viel realistischer als die Version vom Herbst 2011, hat aber immer noch nichts mit einer modernen, zukunftsfähigen Energiepolitik zu tun. Die tschechische Energiewirtschaft sollte nach wie vor ziemlich stark auf Stromexport orientiert sein. Der Rückgang der

Kohleverheizung wird nicht mit der steigenden Energieeffizienz und mit den erneuerbaren Energiequellen, sondern mit der Entwicklung der Atomkraft kompensiert. Den erneuerbaren Energiequellen wird nur eine ergänzende Rolle zugeordnet, die Vorstellungen über Energieeffizienz und über moderne energetische Infrastruktur scheinen ziemlich veraltet zu sein. Die Verfasser des Dokumentes geben zu verstehen, vermutlich zumindest unbewusst, dass eine solche Energiepolitik in Europa eine Rarität darstellt, weil sie auch an die Beschränkung des Mitspracherechts der ausländischen physischen und juristischen Personen denken.

17.8.2012

Dipl.Ing. Dalibor Strasky